

Sie Pastor Hamel, fragen Sie Bischof Krusche, die ja agiert haben und die aus authentischerem Urteil als ich hier reden können.- Damit habe ich es nun doch geschafft, alle Fragen zu beantworten. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Professor. Nur mit Zagen wage ich es, Ihnen an einer Stelle zu widersprechen und an einer Stelle zu ergänzen. Wenn ich richtig informiert bin, hat es eine solche Schönherrsche Sonderregelung in Berlin nicht gegeben. Das zweite ist, Sie haben, wenn ich mich richtig entsinne, vorhin die Ausbildungsmöglichkeiten aufgeführt, die zum evangelischen Pfarrer führten. Da gab es auch noch zwei theologische Fachschulausbildungsstätten, eine hier in dieser Stadt und eine in Berlin. Als nächstes bitte ich den schon mehrmals genannten jetzigen Pfarrer in Ruhe, den Bruder Hamel, um das Wort. (Beifall)

**Pfarrer D. Johannes Hamel:** „Evangelische Christenheit unter der marxistisch-leninistischen Diktatur 1945–1989, Bewährung und Versagen“ – ich habe mir gestattet, meinen Titel zu ändern. Ich habe ganz bewußt den Lutherschen Ausdruck „Christenheit“ aufgegriffen. Der Blick soll also nicht gerichtet werden auf die Sprecher der Kirche, die Gremien der Kirche, die Verwaltung der Kirche, sondern auf uns selbst. Wir sind die Kirche, die evangelische Christenheit.

Vor einigen Monaten hielt der bekannte anglikanische Pfarrer Paul Oestreicher einen Vortrag über die Kirche in der DDR und erwähnte für diesen östlichen Teil Deutschlands die Bezeichnung „Gottes geliebte Ostzone“. Eine wohl jüngere Journalistin kommentierte in der Kirchenzeitung, offenbar habe der Redner einen Witz machen wollen. Aber das Wort ist viel älter. Im Januar 1951 erschien im „Schweizer evangelischen Pressedienst“, der in der DDR weit verbreitet war, ein Bericht aus der Ostzone von einem dort nicht genannten Pfarrer. Er habe neulich von einem Theologiestudenten in Basel, der für ein Jahr außerhalb der Ostzone studiere, einen Brief erhalten, in dem er dankbar von jener anderen Welt erzähle, in der er für ein Jahr sorgenfrei leben dürfe. Es sei ihm aber gerade dort aufgegangen, welche Gaben Gott uns in der Ostzone dauernd schenke, und er meine, man solle nicht mehr von „Ostzone“, sondern von „Gottes geliebter Ostzone“ reden. Der Briefschreiber kehrte nach einem Jahr in die DDR zurück, wurde dort Pfarrer, ein fröhlicher Pfarrer, und lebt jetzt als Pensionär in Chemnitz. Aber wie konnte die Sowjetzone, wie der Bonner Kanzler Ostdeutschland bis in die sechziger Jahre zu bezeichnen pflegte, von jenem Studenten „Gottes geliebte Ostzone“ genannt werden? Sie war ein Staat, in dem jedermann rund um die Uhr Menschen begegnete, begegnen mußte, die in irgendeiner Form offene, mitunter verdeckte Repräsentanten der Machthaber waren, sein wollten oder sein mußten. Jedermann hatte es, wenn auch indirekt, täglich, laufend mit dem Politbüro und der von ihm eingesetzten, geleiteten und kontrollierten

Regierung und ihren Behörden zu tun, die bis in die örtlichen Staatsorgane von den Sekretären der SED kontrolliert und manipuliert wurden.

Welch schrecklicher Staat! Aber Welch riesengroße Chance für die Christenheit! Wie ist das zu verstehen? Als Paulus inhaftiert wurde, jammerten und sorgten sich die Philipper. Und er schreibt im Brief an die Philipper: „Meine Lage hat aber eher zum Fortschritt des Evangeliums geführt. Meine Fesseln wurden in Christus offenbar im ganzen Gerichtsgebäude und bei allen übrigen. Und die Mehrzahl der Brüder, die im Herren Zuversicht gewannen durch meine Fesseln, wagt immer mehr, furchtlos das Wort zu reden.“ Soweit Paulus. Unter dem Auftrag, Gottes Freudenbotschaft weiterzugeben an alle, erkennt er und schreibt den anderen: „Meine Situation, Euer aller Situation, ist ganz ganz anders als Ihr meint.“ Gottes rettende Botschaft schreitet voran. Das läßt uns nutzen, darüber läßt uns Gott danken, bitten, anbeten und mit Freuden, ganz neu und besser als bisher in Liebe zu den vielen Menschen gehen, denen wir unter einer Weltanschauungsdiktatur begegnen, die Herrgötter spielt, wie oftmals die Kirchen aller Spielarten früher – vielleicht möchten sie es heute wieder –, und darum Menschen entmenschte wie auch zum Entmenschlichen verführt oder erpreßt. Unter dieser nicht zu beschönigenden Zwangsherrschaft wurde vielen das Ohr geöffnet für Gottes Gnade unter seinen Gerichten, für Jesus Christus, der uns rettet vor dem kommenden Zorn, für seine unverdiente Haltung und tägliche Bewahrung im großen und im kleinen, und für die Öffnung auf eine Zukunft hin, in der wir schauen werden, worauf wir heute gegen allen Augenschein schauen dürfen. Er macht alles neu, wie er alles schon neu gemacht hat. Viele wurden so mit einer neuen Existenz beschenkt, hinfert in Wort und Tat das Evangelium zu bezeugen, koste es, was es wolle. Diese neue Existenz überraschte sie, denn sie hatten sie nicht für möglich gehalten, geschweige denn gesucht.

In den fünfziger Jahren fand im Deutschen Bundestag eine mehrstündige Debatte über den Marxismus statt. Diese Sitzung war einer der Höhepunkte dieses Gremiums, wie damals Kommentatoren verschiedener politischer Richtungen urteilten. Ein Abgeordneter formulierte den Satz: „Jesus Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben.“ Denn auch die Mächtigen sind, ob sie das wissen oder nicht, Adressaten dieses Evangeliums, wie alle Menschen. Das haben sich nicht wenige Christen, wenn auch gewiß keine Mehrheit, seit 1945 immer wieder, in allen Anfechtungen durch diese marxistischen Mächtigen von der Heiligen Schrift sagen lassen. Ich zitiere nur eine Stelle, ich habe da sehr viele aufgeschrieben. Im ersten Petrusbrief heißt es sehr merkwürdig: „Alle ehret, die Brüder liebet, Gott fürchtet, den Kaiser ehret.“ Der Kaiser, der Repräsentant der Mächtigen, kommt zum Schluß. Und er kriegt dasselbe Verbum „ehret“, was für alle gilt. „Alle ehret“, und nun hört man zwischen den Zeilen förmlich: Aber bitte überseht nicht, daß auch der Kaiser zu den „allen“ gehört, auch der

Kaiser Adressat des Evangeliums ist. Und wie man nun auch Staatstheorien entwickelt: Zuerst und zuletzt bleiben die Mächtigen, auch die marxistisch Mächtigen, Adressaten des Evangeliums, dessen Kern heißt: „Christus ist für uns alle gestorben“, also für die Boten Jesu und für die Angeredeten, die ihn noch nicht oder nicht mehr kennen und glauben wollen. Entsprechend ermahnt Paulus in Röm. 13, in den vielfach als grundsätzliche Staatstheorie mißverstandenen und mißbrauchten Versen, eine übermütige, stolze und allzu selbstgewisse Christengemeinde in Rom. Er mahnt sie, die heidnischen Amtsinhaber und Mächtigen wie alle anderen Menschen zu ehren und sich ihnen unterzuordnen, denn sie sind Gottes Dienstleute mit dem Auftrag, das Gute zu fördern, das Böse aber zu verurteilen. Zitat aus einer Synode der evangelischen Kirche der Union von 1957: „Wir werden uns wohl mit Ernst fragen müssen, ob wir das Ja zum Staat als dem guten Werk Gottes und das Nein zu jedem falschen Anspruch laut und glaubwürdig gesagt haben, oder ob wir in allzukluger Taktik Entscheidungen ausgewichen sind, die von uns gefordert waren. Wenn wir unseren Herrn nicht verraten wollen, werden wir die folgenden Weisungen beachten müssen: 1. Christus selbst verpflichtet uns, Menschen zu rufen, daß sie seine Jünger werden. Nach evangelischem Verständnis ist das keine Zutat zu dem, was die Kirche sonst noch zu tun hat. Dieser Auftrag macht ihr Leben aus. In jedem Falle und allen Menschen gegenüber sind wir an Jesu Wort gebunden: 'Liebet Eure Feinde, segnet, die Euch fluchen. Bittet für die, die Euch beleidigen und verfolgen.' Unsere einzige Sorge hat zu sein, daß wir beim Ausrichten der guten Botschaft unserem Herrn die Treue halten. Den Raum für sein Wort wird er uns geben, soweit und solange es ihm gefällt. Nur unser Unglaube, Ungehorsam, Menschenfurcht und Menschengefälligkeit könnten uns von dieser seiner Fürsorge und Treue ausschließen.“ Soweit die Synode.

Im Jahre 1959 nahm dieselbe Synode der Evangelischen Kirche der Union eine Handreichung entgegen: „Das Evangelium und das christliche Leben in der DDR“ und beauftragte den Rat, dieses Schriftstück in Zusammenarbeit mit den Gliedkirchen allen Pfarrkonventen und kirchlichen Organen aller Art als Grundlage und Ausgangspunkt verantwortlicher Prüfung und Stellungnahme zuzuleiten. Auf über 70 Seiten – Westfalen druckte es gleich nach – wurde versucht, ausgehend von der Anfechtung der Gemeinde und ihrer Glieder, die Botschaft der Königsherrschaft Gottes in Jesus Christus zu entfalten und anschließend Richtpunkte im einzelnen für das Leben der Christen in der DDR unter neun Stichworten zu skizzieren: Die Umkehr – unser politischer Gehorsam unter einer Diktatur, im sozialistischen Weltanschauungsstaat, unter einer deutschen Teilregierung – unser Beruf in der sozialistischen Gesellschaft – unsere Mithilfe bei der Aufrichtung und Findung des Rechtes – Republikflucht – unser Stehen in der Kirche – unser Trauen auf den Geist der Wahrheit – die besondere Verantwortung der Pfarrerschaft und die

christliche Gemeinde und der Atheismus. Diese Ausarbeitung, im Auftrag in der kirchlichen Hochschule Naumburg verfaßt, beginnt mit folgenden Sätzen: „Unter dem Worte Gottes finden wir uns als Menschen vor, die in höchster Gefahr stehen, ihrem Herrn und dem Schöpfer abzusagen und damit unter den Zorn des Allmächtigen zu geraten, aus dem es keine Rettung gibt. Das ist die Situation der Anfechtung oder Versuchung, die sicher zu allen Zeiten, darum aber nicht weniger aktuell in der jetzigen Stunde besteht. Mit ihr ist die wahre Dimension angezeigt, in der wir leben und auch heute zu handeln haben. Mag uns die Welt der sozialistischen Gesellschaft noch so fremdartig und unheimlich sein, so gibt es doch heute wie je nur jene einzige, wirklich tödliche Bedrohung. Ihr Ausmaß für Zeit und Ewigkeit aber wird gerade erst dann recht erkannt, wenn uns unter dem gleichen Wort Gottes bewußt wird, daß wir sogar mit Freuden genau diese so bedrohte Existenz als den Boden annehmen sollen, auf dem wir unseren Gehorsam einüben dürfen.“

Keine Rede also davon, daß wir den Ansturm gottfeindlicher Mächte übersehen oder verharmlosen dürften. Ebenso wenig aber auch Raum dafür, angesichts der übermächtigen Verführung zum Abfall zu resignieren oder in dieser Situation voller Absturzmöglichkeiten zur Rechten und zur Linken etwas anderes als die Lage zu sehen, die uns ohnehin vom Evangelium als die dem Weg unseres Herrn und seiner Gemeinde in der Fremdlingschaft dieser Welt entsprechend verkündigt wird.

Eine Nebenbemerkung: Als im Jahre 1953 sieben Amtsträger der Kirchen verhaftet waren – meistens für fünf Monate –, habe ich mit einer ganzen Reihe dieser Leute gesprochen. Und es war einhellig, bis auf ganz wenige Ausnahmen, daß sie alle, als sie verhaftet wurden – mit völlig ungewissem Ausgang natürlich –, den Gedanken hatten, daß wir uns nur als Boten dieses Evangeliums bewähren, ohne das wir verloren wären, ohne die andere verloren sind. Verständlich, daß diese Ausarbeitung von seiten der SED äußerst mißfällig als Angriff auf den sogenannten Sozialismus aufgenommen wurde. In Pfarrkonventen und kirchlichen Gremien war von der anderen Seite die Aufnahme umstritten. Viele wollten sich ja nicht auf eine vor Gott verantwortliche Existenz als Freudenboten des Evangeliums einlassen, was einem ja nur zusätzliche Schwierigkeiten machte.

Ein Gegenbeispiel: Ungefähr ein halbes Jahr vorher, am 21. Juli 1958, hatten fünf Mitglieder der leitenden Gremien evangelischer Landeskirchen in der DDR – es waren zwei Bischöfe, ein Generalsuperintendent, ein Propst und ein Synodalpräses – ein sofort publiziertes Dokument unterzeichnet, das als das „Kommuniqué“ von seiten der Partei bzw. der Regierung hochgespielt wurde und viele Jahre später von einem der beiden Bischöfe dem Staat gegenüber als Beweis seiner Loyalität angeführt wurde. Was es heißt, trotz bester Absichten in der Stunde der Versuchung zu versagen, wird durch Entstehung und Wortlaut dieser gemeinsamen Erklärung staatlicher und kirchlicher Vertreter

deutlich. Nach der Publizierung war für mich Gelegenheit, mit vier der fünf Sprecher eingehend jeweils unter vier Augen zu sprechen. Drei von ihnen schämten sich dieses Tages. Aber wer will sie richten? Sie unterzeichneten, um vor allem vielen Katecheten zu helfen, die beschuldigt, angeklagt, zum Teil verurteilt in Gefängnissen saßen, und um Kindern und Eltern die Möglichkeit der Christenlehre zu erhalten bzw. wiederzugewinnen. Die Behandlung der Fünf durch den Ministerpräsidenten war wohl absichtlich demütigend, um sie einzuschüchtern. Als die Mittagspause kam, schlug die kirchliche Seite vor, sich nach West-Berlin zurückzuziehen und mit den Mitgliedern der sogenannten Ost-Kirchen-Konferenz die Regierungsvorlage dieses Kommuniqués und eventuelle Abänderungsvorschläge in diesem Gremium zu beraten. Grotewohl antwortete, heute müsse man zu einem Abschluß kommen, denn das nächste halbe Jahr habe er keine Zeit mehr für diese Angelegenheit. Sie könnten sich ja hier in diesem Raum unter sich beraten. Er werde sich mit seinen Mitarbeitern zum Mittagessen zurückziehen. Sie könnten hierbleiben, Kaffee würde ihnen hier gereicht. Und so geschah es: Die fünf Gotteskinder stellten sich in einer Ecke zusammen mit den Kaffeetassen in der Hand und berieten flüsternd, denn die Abhörgeräte waren allzu sichtbar, was an der Regierungsvorlage unbedingt abzuändern wäre. Als die andere Seite wohlgestärkt zurückkam, einigte man sich auf den Text. Der kirchliche Entwurf, Grotewohl vorher zugesandt, fiel unter den Tisch, und die fünf unterschrieben folgende Zweideutigkeiten. Ich lese jetzt wörtlich vor: „Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR erklären, daß die Kirche“, nicht die fünf, sondern die Kirche, „mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Regierungen übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei. Der gegen den Staat erhobene Vorwurf von Ihnen des Verfassungsbruches wird nicht aufrechterhalten. Die Regierung erklärt: Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“ Jeder verlesene Satz ist vollendet zweideutig. Sie ist bewußt zweideutig formuliert. „Gesetzlichkeit“ in der DDR, das waren ja nicht einfach Gesetze, sondern Gesetzlichkeit war ein ganzer Komplex, zu dem sämtliche Verordnungen, Auslegungen und Polizeiverfügungen gehörten.

Die Friedenspolitik der DDR. Dazu brauche ich überhaupt nicht zu sagen, was das für eine Friedenspolitik war. Ein führendes Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland hat nach Bekanntgabe dieses Kommuniqués unter Protest seinen Sitz im Rat der EKD aufgegeben. Er könne die Verantwortung nicht übernehmen, denn diese Unterschrift sei nicht zurückzunehmen. Es war derselbe Mann, der 1939/40 wohl als der einzige

Jurist im NS-Staat „Mordanzeige gegen Unbekannt“ bis zum Justizminister einreichte, als er feststellen mußte, daß mehrere seiner Mündel, er war Amtsrichter, unter verdächtigen Umständen verstorben waren. Damals wurde er fristlos entlassen, weil er Hitler angeklagt habe. Der Minister, ein Nichtnazi, sagte ihm dabei: „Es ist mir gelungen, Sie vor dem KZ zu bewahren. Sie haben ja, und das wissen Sie genau, den Führer des Mordes angezeigt.“

Das war damals der Präses. Die führenden Sprecher in den westdeutschen Kirchen, angeführt vom Berliner Bischof, schwiegen amtlich. Auch der Rat der EKD sah sich nicht in der Lage, die Unterschrift der Fünf für null und nichtig zu erklären. Die Folgen dieses zweideutigen Redens waren in den folgenden Jahren, ja Jahrzehnten zu spüren. Wer dachte hier nicht an den Apostel Petrus, der aus Angst vor Menschen mit vielen anderen Christen in Antiochia heuchelte (Gal 2), was ihm Paulus damals öffentlich vorhielt.

Im Laufe des Jahres 1960 flüchteten immer mehr Bürger aus der DDR in den Westen. Die Synode der Evangelischen Kirche der Union richtete daher am 11. November 1960 an die Gemeinden eine Kanzelabkündigung, in der sie alle zum Bleiben in der DDR unter dem Zuspruch des Evangeliums, das in sieben Worten Jesu entfaltet wurde, anhielt. Der Brief wurde in einer geschlossenen Sitzung beschlossen; eine der Enthaltungen stammte von einem der Unterzeichner des Kommuniqués von 1959. In diesem Brief an Grotewohl, den Ministerpräsidenten, heißt es: „Unser Ruf zum Bleiben in der DDR verpflichtet uns, in dieser Lebensfrage unseres Volkes für viele Menschen einzutreten, die in Angst und Sorge geflohen sind oder sich mit bitteren Fluchtgedanken tragen. Die gegenseitige Propaganda mißbraucht oder entstellt die eigentlichen Gründe der verhängnisvollen Fluchtbewegung. Es ist einfach wahr, daß Bürger der DDR flüchten, weil sie es nicht aushalten, weiter heimliche Zuträger des Staatssicherheitsdienstes zu sein, zu dessen Gehilfen sie sich, sei es leichtsinnig oder angstvoll, gemacht haben oder machen sollen. Gott, der nicht will, daß der Mensch zum Verräter an seinem Nächsten wird, fordert sie auf, ihrem Teil dieser Zerstörung aller menschlichen Gemeinschaft ein Ende zu machen. Darum halten wir auch unsere Gemeindemitglieder und Pfarrer an, solche Zuträgerdienste zu verweigern.“ Nun geht es genau darum, warum so viele Bauern flüchten, so viele Handwerker, Kaufleute, Unternehmer, Rechtsanwälte usw. Der Brief schließt: „Alle diese Gründe zur Flucht vieler Menschen und ihre Flucht selbst schaffen eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit. Macht und Würde des Amtes, in dem Sie und Ihre Regierung stehen, sind von Gott. In diesem Amt ist Ihnen von Gott der Auftrag zugewiesen, allen Staatsbürgern ein geordnetes Zusammenleben zu sichern und darin Würde und Recht des einzelnen zu achten. Wenn Sie und Ihre Regierung unter Einsatz der Macht und Autorität des Staates bei allen Bürgern den Marxismus-Leninismus als Grundlage aller Lebensformen zusetzen wollen, so überschreiten Sie die Grenze Ihres gottgegebenen Amtes.“

Damit aber gefährden Sie die echte staatliche Ordnung. So aber schaffen Sie selbst die allgemeine und hauptsächliche Ursache für die oben erwähnten einzelnen Gründe zum Weggehen vieler. Tun Sie um Gottes und der Ihnen anbefohlenen Menschen diesem Mißbrauch staatlicher Gewalt Einhalt...“ Dieses Schreiben wurde durch einen Boten an das Innenministerium in der DDR gebracht – mit der Unterschrift eben dieses erwähnten Juristen – und zwei Tage später ohne Kommentierung der Kanzlei der EKU in Berlin durch einen Boten zurückgereicht, allerdings geöffnet und mit dem Eingangsstempel des Innenministeriums versehen. Kurze Zeit später rief das Staatssekretariat die EKU-Kanzlei an und erbat sich weitere 30 Exemplare dieses Briefes. Wochen später antwortete der Staatssekretär auf eine entsprechende Frage eines Bischofs: „Wenn wir mit Ihnen über diesen Brief überhaupt diskutieren würden, würden wir die Grundlage unseres Staates preisgeben.“ Es hieß, das Politbüro habe nur deshalb den Präses nicht verhaftet, weil man fürchtete, in der Westpresse mit Hitler und seinen Schergen parallelisiert zu werden.

Neben Bewährung stand vielfaches Versagen, wie bei den zwölf Jüngern Jesu, aber das entschuldigt uns nicht, im Gegenteil. An einem Versagen, das ich hier als Beispiel für vieles Versagen in solchen Sachen bringe, bin ich selbst schuldhaft beteiligt. Es spielte sich ab zwischen einem Bischof und einem Mitglied des Politbüros. Mitte der sechziger Jahre fanden etwa sechs bis acht Gespräche statt, zu denen beide Häupter jeweils fünf bis zehn Begleiter mitbrachten. Selbst die Tatsache dieser Gespräche, über drei Jahre hinaus haben sie sich erstreckt, kam auf entschiedene Bitte des Bischofs nicht in die Presse. Es wurde sehr offen geredet. Über die nun zu erzählende Begebenheit schäme ich mich, als wenn sie gestern passiert wäre.

Der Bischof stellte abrupt die Frage, ob diejenigen Bürger der DDR, die sich an den in Kürze stattfindenden Wahlen nicht beteiligten, trotzdem in den Augen des Mächtigen loyale Staatsbürger seien. Wenn ja, möge er das doch hier sagen. Der Bischof hatte sich bisher nie an Wahlen beteiligt, was seinem Gegenüber natürlich bekannt war. Dieser reagierte mit Gegenfragen, warum denn ein Bürger sich nicht an den Wahlen beteiligen könne. Die Wahlen seien doch eine gute Sache. Die Kandidaten seien gut, die Auswahl sei ordnungsgemäß erfolgt, die Wahlordnung sei gut, das Ganze sei gut. Warum also keine Beteiligung? Der Bischof ging auf diese Gegenfrage nicht ein, sondern wiederholte nur seine Bitte ohne Begründung. Der andere wiederholte, er verstehe des Bischofs Frage und Anliegen nicht. Der Bischof wiederholte noch einmal seine Bitte ohne Begründung. Der Mächtige wurde nun scharf. Er verstehe den Bischof überhaupt nicht mehr. Wir anderen schwiegen ratlos bei diesem Zusammenstoß der beiden Häupter. Warum habe ich nicht gesagt, was ich den Wahlschleppern alle zwei Jahre entgegenhielt? Nein, diese Wahlen sind keine gute Sache. Sie sind, im Widerspruch zum Wahlgesetz, nicht geheim.

Sie sind nicht frei. Es sind überhaupt keine Wahlen, denn die Wähler könnten

nicht auswählen. Warum verhielt sich der Bischof so? Hinterher erfuhren wir amtlich: Er wollte dieses Mal zur Wahl gehen, mit der Begründung, die Gesprächslage zwischen Staat und Kirche nicht verschlechtern zu wollen. Aber vorher wollte er mit Rücksicht auf viele Kirchenglieder, die wieder nicht zur Wahl gehen würden, eine feierliche Erklärung über deren Loyalität durch den Mächtigen hören, denn er sah voraus, daß sein Gehen zur Wahl als propagandistische Akklamation des DDR-Systems und als Mißbilligung aller Nichtwähler mißbraucht werden würde, was dann auch nach den Wahlen passierte, an denen er sich aus Diplomatie, trotz fehlender Zusage des Mächtigen, beteiligte.

Warum antwortete er dem Mächtigen damals nicht? Er konnte es ja wegen seines diplomatischen Tricks nicht, den er vorhatte. Er konnte ja nicht entgegnen: „Nein, diese Wahlen sind keine gute Sache“. Schlimmer als dieses Mißlingen seiner Diplomatie war etwas anderes. Eine Sternstunde war verpaßt. Natürlich hätte ein offenes Gespräch an diesen Wahlen, an deren gesteuertem Verlauf, nichts geändert, aber die Unterredung hätte zu einem Gespräch über die Zentralfragen der Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit im politischen Raum und über die Reichweite des Evangeliums bis hin in diesen Raum führen können. Aber wir waren alle in dieser Stunde nur Schwarzröcke oder nur Kirchenbeamte, die ihre Kirche und den Fortbestand ihrer Betätigung sichern wollten und damals nicht eingriffen, als ein Bischof heuchelte wie Petrus nach Gal 2. Ich kann mich am wenigsten entschuldigen, denn seit meiner Studienzeit 1933 war ich diesem Bischof wie einem väterlichen Freund verbunden. Er hätte mein kritisches Eingreifen auch ihm gegenüber respektiert und toleriert, wie er das in seiner Amtszeit mehreren seiner Kritiker gegenüber immer wieder vorbildlich getan hat. Ob als geschmähter Pfarrer unter den Nazis, ob in grauenhaften Zeiten 1945/47 unter den Schikanen der Russen in Ostpreußen, er blieb ein menschlicher Mensch auf der Jagd nach dem wirklichen Evangelium, das uns alle als verlorene Sünder entlarvt, gerade wenn wir treue Boten sind für viele.

Der erwähnte Mächtige überlebte die Wende und starb im Frühjahr 1990. Acht Tage vor seinem Tode hat er eine Botschaft hinterlassen, in Gestalt eines von ihm unterzeichneten Interviews im Spiegel, das dann kurz nach seinem Tode publiziert wurde. Aus dem Interview: Frage: „War Ihre Schuld größer als die Schuld anderer Spitzenfunktionäre der SED, denn viele haben von Ihnen mehr erwartet als von anderen?“ Seine Antwort: „Was ich mir selbst vorwerfe, ist die strikte Parteidisziplin, an der ich mein ganzes politisches Leben gehangen habe, bis zum bitteren Ende. Ich habe in den 40 Jahren immer auf Schwachstellen und auf Fehler hingewiesen, habe Verbesserungen und Reformen verlangt, aber ich habe mich allzuoft damit abgefunden, daß meine Kritik abgewehrt wurde, meine Vorschläge verworfen wurden. In der Disziplin, mit der ich diese Einstellung vor mir selbst begründete, steckt natürlich ein

gehöriges Stück Opportunismus. Und weil ich mir weit mehr Kritik hätte erlauben können als andere, empfinde ich wahrscheinlich mehr Schuld als andere.“ Schon als junger Mensch hatte er sich, in einem sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen – sein Vater war SPD-Abgeordneter im Kaiserreich –, dem Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis anvertraut und war darum als Primaner 1932 – nicht 1933–1932 von der Schule entlassen worden und hat das NS-Reich im wesentlichen im Zuchthaus verbracht – 12 Jahre. Nun stand er als alter Mann vor dem totalen Scherbenhaufen dessen, was er ein Leben lang glaubte und verwirklichen wollte. Wenn ein solcher Mensch sich dann so äußert – Ehre dem Andenken Horst Sindermanns.

Zum Schluß: „Es sind Letzte, die werden die Ersten sein“, sagt Jesus (Lk 13). Wir waren uns am Anfang der siebziger Jahre ein einziges Mal begegnet. Wie mir der Bischof einer Landeskirche in der DDR schon vorher mitteilte, sollte er meinen Synodalvortrag abhören und dann seinen Oberen berichten, was der Feind der DDR, als solcher galt ich spätestens seit 1968, wie er mir viel später schrieb, gesagt habe. Wenig später forderten die Räte der Bezirke von Magdeburg und Halle von der Kirchenleitung meine Entlassung als Dozent an der Kirchlichen Hochschule in Naumburg, wenn auch ohne Erfolg. 1990 trafen wir uns zufällig bei einer Tagung wieder. Er war seit 1972 die Funktionärsleiter sehr hoch empor geklettert und 1990 entsprechend abgestiegen. Ich: „Wir kennen uns doch, Herr ...“ Er: „Mensch, Johannes Hamel, daß ich Sie in diesem Leben noch einmal sehe, ist mir eine ungeheure Freude. Ich schäme mich vor Ihnen.“ Antwort: „Und ich mich vor Ihnen.“ Und dann haben wir in den nächsten Tagen lange miteinander gesprochen, vor allem über meinen Satz, denn wie wenig, wie ungenügend, wie halbherzig habe ich gemäß dem Satz Gustav Heinemanns gedacht, gesprochen und gehandelt: „Jesus Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben.“ (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** In Absprache mit dem Leiter der Vorbereitungsgruppe möchte ich den nächsten Referenten bitten, weil wir dann eine Chance haben, in etwa zumindest im Zeitrahmen zu bleiben. Ich bitte Herrn Prof. Beintker ums Wort.

**Prof. Dr. Michael Beintker:** Herr Landtagspräsident, Herr Vorsitzender, ich habe gegenüber dem ausgedruckten Thema eine leichte Variation, die auf eine Vorabsprache zurückgeht, vorgenommen. Ich werde weniger über die Barmer Theologische Erklärung sprechen, vielmehr über das Verhältnis zwischen der Stuttgarter Schulderklärung und dem Darmstädter Wort des Bruderrates der Bekennenden Kirche. Und ich werde methodisch so vorgehen, daß ich zunächst die deutschlandpolitischen Optionen, die schon angefragt waren, in den knapp 45 Jahren des Nachkriegsprotestantismus in Deutschland untersuche. Mir ist dabei deutlich geworden, daß man hier nicht nur von den Kirchen in Ostdeutschland sprechen kann, sondern im Grunde ein

gesamtdeutsches Thema vor sich hat. Ich beabsichtige natürlich keinen Enquetebeitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit der EKD.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konstituierte sich der deutsche Protestantismus in der Evangelischen Kirche in Deutschland als Bund lutherischer, reformierter und unierter Kirchen. Nach innen föderalistisch gegliedert, verstand sich, wie Herr Jüngel schon deutlich machte, die EKD als Band und als Sprecherin der evangelischen Christenheit in den vier Besatzungszonen und dann in den beiden deutschen Staaten. Relativ rasch geriet sie zwischen die Fronten des Kalten Krieges und des sich immer mehr zuspitzenden deutschlandpolitischen Konflikts. Die damit gegebenen Zerreißproben haben schwer auf ihr gelastet. In ihren Verlautbarungen während der fünfziger Jahre hat sich die EKD immer bemüht, ihr öffentliches Wort kritisch sowohl an den Osten als auch an den Westen Deutschlands zu richten. Daß dieses Wort im Hinblick auf die Verhältnisse in der DDR weitaus kritischer ausfallen mußte, lag in der durch die SED-Politik geschaffenen schwierigen Lage im Osten Deutschlands begründet.

Der SED-Optik galt die EKD als religiöser Stoßtrupp des imperialistischen Klassenfeindes, und das erst recht, als die EKD im Jahr 1957 den Militärseelsorgevertrag mit der Regierung Adenauer abgeschlossen hatte und damit eindeutig als Partnerin des gegnerischen Verteidigungsbündnisses, propagandistisch „NATO-Kirche“ genannt, verstanden werden mußte. Dennoch hat die EKD bis zum Mauerbau ihren organisatorischen Zusammenhalt, und bis zum Jahre 1968 – dem Jahr der Inkraftsetzung der neuen DDR-Verfassung und der mit dieser Verfassung motivierten Vorbereitung der Gründung eines eigenen Kirchenbundes der östlichen Gliedkirchen – wenigstens ihre rechtliche Einheit bewahren können. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach blieb sie erstaunlich lange die „Klammer der evangelischen Christenheit“ im gespaltenen Deutschland. Über mehr als zwei Jahrzehnte bildete sie tatsächlich die einzige funktionierende gesamtdeutsche Großorganisation. Die besondere, nunmehr partnerschaftlich verstandene, Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland ist dann in Artikel 4,4 der Grundordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR festgeschrieben worden, sehr zum Ärger des auf komplette Westabgrenzung bedachten sozialistischen Staates. Für die 40jährige Dauer der deutschen Teilung haben weder die EKD noch dann die EKD und der Bund Evangelischer Kirchen eigene deutschlandpolitische Konzepte ausgearbeitet. Darin sahen sie eine genuine Aufgabe der Politik. Wohl aber haben sie zeitbezogene deutschlandpolitische Optionen entwickelt, von denen sie sich politikbestimmende Wirkungen erhofften. Ich sehe im Grobtraster vier Optionen:

Option 1, aufrechterhalten bis zum Mauerbau, votierte nachdrücklich für die politische Einheit des deutschen Volkes. In dieser Zeit beschäftigten sich mehr als die Hälfte aller offiziellen Äußerungen mit der als Unglück empfundenen

Spaltung Deutschlands. Der Grundtenor läßt sich so beschreiben: Die gegenwärtige Trennung ist Folge deutscher Schuld, aber für die Festigung des Friedens mit den Nachbarn und des Friedens mit sich selbst braucht das deutsche Volk die volle staatliche Einheit. Deshalb ist alles zu unterlassen, was die Systemgegensätze in Deutschland unüberwindlich werden läßt. Die Stimmen derer, die sich aus diesem Grund für eine Blockfreiheit Westdeutschlands einsetzten und vehement die Wiederbewaffnung und schließlich die Integration in die NATO ablehnten, repräsentierten freilich nur einen beachtlichen Ausschnitt des Meinungsspektrums der EKD.

Option 2 dürfte als repräsentativ für die Zeit von 1961 bis etwa 1979/80 gelten. Sie läßt sich so stilisieren: Mit dem 13. August 1961 war die Hoffnung auf eine absehbare Wiedervereinigung gescheitert. Die Teilung muß als Ergebnis der deutschen Schuldgeschichte angenommen werden, denn die Erhaltung des Friedens ist wichtiger als die deutsche Wiedervereinigung. Die Härte der Teilung muß jedoch durch graduelle Öffnung, durch wirksame Schritte der Entspannung, durch menschliche Begegnungsmöglichkeiten und Erleichterungen gelindert werden. Das Ziel ist jetzt: Normalisierung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten und Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn. Mit den großen Denkschriften der sechziger Jahre hat die EKD die westdeutsche Politik in Richtung „Wandel durch Annäherung“ ermutigt. Darin sprach sie auch für die Menschen in der DDR, die von der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt – Scheel Rückwirkungen auf eine Verbesserung der Verhältnisse auch in der DDR erwarteten. Die Begeisterung für Willi Brandt hier in Erfurt ist anders überhaupt nicht zu erklären. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sich seinerseits von der Honeckerschen Doppelstrategie „Entspannung nach außen mit verschärfter deutschlandpolitischer Abgrenzung nach innen“, wobei die Abgrenzung nicht finanzpolitisch verlief, nicht vereinnahmen lassen. Er setzte – darin völlig konform mit der Schwesterkirche – auf Austausch, auf Begegnungen, auf den Transfer von Ideen und Literatur. Das erfolgte aufgrund der schwierigen äußeren Bedingungen zwar verhalten, aber alles in allem höchst wirksam. Nach innen hob der Bund seine organisatorische und rechtliche Eigenständigkeit hervor und entwickelte im Zusammenhang mit seiner Gründung die Strategie einer „Einwanderung“ in die sozialistische Gesellschaft in der DDR – mit dem schwierigen Balanceakt zwischen den Extremen der Verweigerung und der Anpassung.

Option 3 profilierte sich auf dem Hintergrund der Nachrüstung und der neuen Furcht vor den Folgen der Destabilisierung des atomaren Gleichgewichts und war gültig für die achtziger Jahre bis zum Fall der Mauer. Die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands stand nicht mehr auf der Tagesordnung. Wie in der Politik war sie allenfalls im Rahmen eines sich auf mehrere Jahrzehnte erstreckenden gesamteuropäischen Einigungsprozesses vorstellbar. Ihre besondere Verantwortung sahen die evangelischen Kirchen im Osten und

im Westen Deutschlands darin, die Politik der Sicherheitspartnerschaft und der gradualistischen Abrüstung zu unterstützen, und dies sowohl in Richtung Osten wie in Richtung Westen zur Geltung zu bringen. Hierfür beispielhaft sind die gemeinsam abgegebenen Erklärungen der EKD und des Kirchenbundes zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs 1979 – es war nach der Trennung, nach der rechtlichen Trennung, die erste gemeinsame öffentliche Erklärung – und zum 40. Jahrestag seines Endes von 1985. Das Bewußtsein für das gemeinsame Sicherheitsinteresse führte einerseits zu einer Relativierung der Systemgegensätze – die Erhaltung des Friedens, so konnte gesagt und argumentiert werden, sei wichtiger als der Streit um die Vorzüge und Schattenseiten der jeweils leitenden Gesellschaftskonzepte – und andererseits zu einer Verklammerung des Rüstungsproblems mit der Ungerechtigkeit des Nord-Süd-Gefälles und der ökologisch immer bedrohlicheren Vernutzung der Ressourcen. Fragestellungen, wie sie etwa im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zum Ausdruck kamen und das Thema Gerechtigkeit dann auch auf die Verhältnisse in der DDR kritisch anwandten.

In der Phase des Zusammenbruchs der DDR erwuchs daraus partiell eine vierte deutschlandpolitische Option, die allerdings wenig Resonanz fand, aber doch unbedingt erwähnt werden muß, weil sie möglicherweise auch Aufschlüsse über das gibt, was tatsächlich unter „Kirche im Sozialismus“ verstanden worden ist. Da die Zukunft nicht der industriellen Wachstumsgesellschaft eines ungezügelten Kapitalismus gehöre, sondern das Überleben der Menschheit von der gerechten Verteilung der Güter und der Schonung des natürlichen Lebensraums abhängig sei, sollte die Chance ergriffen werden, eine aus der friedlichen Revolution hervorgegangene neue DDR als eine soziale, ökologische und demokratische Gesellschaft freier Bürger aufzubauen. Genaugenommen scheiterte diese Vorstellung am breiten politischen Votum der Ostdeutschen für eine rasche Wiedervereinigung Deutschlands. Für die Turbulenzen, die intern bis heute anhalten, ist sie sicher noch von Gewicht.

Unübersehbar taucht in den deutschlandpolitischen Optionen der Kirchen immer wieder die Frage nach der geschichtlichen Schuld des deutschen Volkes auf, insbesondere auf dem Hintergrund der Verbrechen des Nationalsozialismus und der damit verbundenen Folgen. Im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Institutionen haben die Kirchen die Schuldfrage wachzuhalten versucht und von Anfang an gegen die gängige Strategie der Schuldabwehr argumentiert. Sich selbst haben die Kirchen keineswegs von der Frage nach ihrer spezifischen Mitschuld suspendiert, ganz im Sinne der essentiell christlichen Auffassung, daß vor dem Aufweis von Fremdschuld immer die Einsicht in die eigene Schuld, hier die Einsicht in die kirchliche Mitschuld am Irrweg des deutschen Volkes, stehen muß. Über die Frage, wie die spezifische Schuld

der Kirchen zum Ausdruck zu bringen und welche Schlußfolgerungen aus solcher Schulderkenntnis zu ziehen seien, gingen die Meinungen im deutschen Protestantismus bald nach dem Kriegsende ziemlich auseinander. War ein Schuldbekenntnis eher im prinzipiellen Sinne zu fassen und zu sprechen, jeweils im konkreten Blick auf die Adressaten als Bitte um Vergebung vor Gott zur Wiederherstellung zerstörter Gemeinschaft zu formulieren? Dieser Weg wurde mit der Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945 gewählt, die die Vertreter der EKD vor den Vertretern aus der Ökumene abgaben. Oder mußte man darüber hinausgehen und Formen der Schuld wie Formen der Umkehr konkret benennen, damit der in Stuttgart angesprochene neue Anfang nicht ein bloßes Postulat blieb? Diesen von Anfang an sehr kontrovers beurteilten Schritt über Stuttgart hinaus beschritt der Bruderrat der EKD, der aktive Kern der Bekennenden Kirche um Martin Niemöller, maßgeblich beraten von dem Schweizer Theologen Karl Barth, der bis zu seiner Vertreibung aus Deutschland im Jahr 1935 eine herausragende Rolle bei der Formierung der kirchlichen Opposition gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung der Kirche gespielt hatte. Das Bemühen um eine gesellschaftspolitische Konkretion der Schulderkenntnis der evangelischen Kirche fand seinen Niederschlag im sogenannten Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes vom 8. August 1947. Die Schuld der Deutschen und die Schuld der Kirche wurden hier als Ergebnis einer bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Geschichte des Versagens vor den Herausforderungen der Zeit interpretiert.

Die Kirche habe sich, so muß man interpretieren, stets mit den Kräften des Konservatismus, der Restauration und des Nationalismus verbündet und die Interessen der Mächtigen gestützt, statt sich den wahren Nöten der Menschen zu stellen. Sie sei blind gewesen für die menschenwürdige Gestaltung des Diesseits und habe sich mit verhängnisvollen Fernwirkungen antiliberal, antirevolutionär, antidemokratisch und antisozialistisch verhalten bzw. ver-einnahmen lassen. Im Rekurs auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934, das maßgebliche Bekenntnisdokument gegen den Nationalsozialismus in der Kirche, rief das Darmstädter Wort zur Umkehr zum Evangelium auf und verknüpfte diese Umkehrforderung mit der Absage an die Parole vom christlichen Abendland und der Forderung nach einer gesellschaftspolitischen Neuorientierung der evangelischen Kirche an Haupt und Gliedern.

Das Darmstädter Wort ist bis zum heutigen Tag ein hart umstrittener und angefochtener Text geblieben. Seine Wirkungsgeschichte verlief außerordentlich ambivalent, es ist von den unterschiedlichsten Gruppierungen in Anspruch genommen und rezipiert worden. In Westdeutschland hat es faktisch die Annäherung zwischen Teilen der evangelischen Kirche und der Sozialdemokratie fördern können und die politische Meinungsbildung des linken Spektrums des Protestantismus geprägt. In Ostdeutschland haben sich zunächst nur Minder-

heiten auf das Darmstädter Wort bezogen, unter ihnen auch Theologen und Pfarrer, die den Aufbau des Sozialismus in der DDR einschränkungslos befürworteten und sich so zu Helfershelfern der SED-Kirchenpolitik entwickelten. In kirchenamtlichen Äußerungen wurde – und das bis zum Schluß – weitaus häufiger die Stuttgarter Erklärung zitiert, und das auch dann, als sich der Bund der Evangelischen Kirchen auf den Lernweg einer Kirche im Sozialismus gewiesen sah. Für die Bejahung des staatspolitischen Grundziels der DDR, dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, bot freilich das Darmstädter Wort legitimierende Aussagen, auf die häufig hingewiesen wurde. Abschnitt 5 spielte hier eine herausragende Rolle:

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.“

Neben dieser These, die als Ermutigung zu einem neuen Dialog und zur Kooperation zwischen Christen und Marxisten gelesen werden konnte, war es vor allem die erklärte Absage an die Schwarzweißzeichnung des Ost-West-Gegensatzes, die das Darmstädter Wort anziehend machte. Obwohl es den Antikommunismus nicht explizit verwarf, mußte es von seinem Gesamtduktus her als Absage an den Geist des Antikommunismus verstanden werden. Man würde die äußerst differenzierte Sachlage schablonisieren, wenn man eine direkte Linie vom Darmstädter Wort zur Programmformel „Kirche im Sozialismus“ zöge. Das Darmstädter Wort ist ein wichtiges Dokument der kritischen Selbstbesinnung des Nachkriegsprotestantismus, auch wenn man Gründe genug findet und schon damals finden mußte, die gewählte Form und das Gefälle der Argumentation zu problematisieren. Die Autoren von Darmstadt haben keinen Zweifel daran gelassen, daß die SED-Diktatur ihren Vorstellungen von einem künftigen deutschen Staatswesen widersprach, „... das dem Recht der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“. Andererseits haben sie und ihre Sympathisanten die Verhältnisse hinter dem eisernen Vorhang in ihrer komplexen Tragik häufig relativiert. Die Absage an den Geist des Antikommunismus hatte Denkverbote zur Folge, die es langfristig verhinderten, die Lage im Osten Europas in der Perspektive der Opfer des Kommunismus wahrzunehmen. Die in den intellektuellen Eliten des Westens insgesamt verbreitete Mentalität eines „Anti-Antikommunismus“ fand in den evangelischen Kirchen vielfältig Widerhall und hat hier die gebotene Realitätswahrnehmung nachhaltig getrübt. Dem korrespondierte allerdings eine weitreichende Wahrnehmungstrübung auf seiten derer, die es immer schon besser wußten und aus dem Ost-West-Konflikt ebenfalls eine ungebrochene Selbstaufwertung der eigenen politischen Präferenzen ableiteten. Auch hier

gibt es interessante wechselseitige Stabilisierungen. Auf diese Weise ist die Schuldfrage vielfältig instrumentalisiert worden. Statt der Selbstprüfung zu dienen, wurde sie meist entweder als Instrument der Selbstlegitimierung gehandhabt oder aber als Waffe der Delegitimierung abweichender politischer Positionen mißbraucht. Mit anderen Worten – und dabei bin ich beim Heute -: Der Ost-West-Konflikt ist der Aufarbeitung unserer deutschen Schuldgeschichte schlecht bekommen und hat zu Schädigungen der politischen Orientierungsfähigkeit geführt, die zu durchschauen wir noch viel Zeit und Geduld benötigen werden – in beiden Teilen des vereinigten Deutschlands. Ich danke Ihnen und bitte um Nachsicht für diesen Schlußsatz. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich bitte, jetzt die Fragen zu stellen und darum, deutlich zu machen, an welchen der beiden Referenten diese Frage gestellt werden soll. Ich werde danach beide bitten, darauf zu antworten. Es beginnt der Kollege Meckel.

**Abg. Meckel (SPD):** Meine erste Frage richtet sich an Herrn Hamel. Sie sind u. a. bekannt als ein Gegner der Bemühungen zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen. Ich würde darum bitten, daß Sie noch einmal kurz Ihre damaligen Argumente darstellen, mit denen Sie gegen die Gründung des Bundes votiert hatten, und diese kurz angesichts der zwanzigjährigen Geschichte des Bundes reflektieren. Ich weiß nicht, ob das kurz geht, aber ich wäre für einige Bemerkungen in dieser Richtung dankbar. Ich würde eigentlich die umgekehrte Frage an Werner Krusche stellen wollen, vielleicht kann er heute abend in der Diskussion dazu etwas sagen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Prof. Beintker. Sie haben sehr interessant über die inneren Reflexionen der Schuldfrage in bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus in Ost und West referiert. Welche Konsequenzen könnte dies haben oder welche Folgerungen könnte man ziehen für eine in den östlichen Kirchen stattfindende Diskussion, ob ein Schuldbekenntnis über die 40 Jahre Kirche in der DDR nötig ist?

**Vorsitzender Eppelmann:** Frau Dr. Wilms bitte.

**Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU):** Ich glaube, meine Frage geht mehr an Herrn Beintker, vielleicht auch an beide Herren. Sie haben, auch in dem Referat von Herrn Jüngel, viel von der Barmer Erklärung, dem Stuttgarter Schuldbekenntnis und dem Darmstädter Wort gesprochen. Was mich bewegt, ist, warum nach den Erfahrungen mit der NS-Zeit, mit der NS-Diktatur, nicht doch deutlichere Worte gegen die zweite Diktatur in Deutschland gefunden worden sind, als man sie gefunden hat. Das ist für mich eine Frage, auf die ich bisher keine Antwort weiß. Damit wir uns jetzt recht verstehen: Da ich aus dem Westen bin, möchte ich betonen: Ich sitze nicht auf dem hohen Roß und möchte hier nicht als Pharisäer gelten, denn ich weiß nicht, wie wir uns alle verhalten hätten, wenn uns in der Altbundesrepublik eine neue Diktatur beschert worden wäre. Ich sage das gleich hinzu, damit die